

Geplante Budgetierung

Präventionsorientierung wird zur Farce



Dr. Karsten Heegewaldt
und Barbara Plaster,
Präsident und Vizepräsidentin
der Zahnärztekammer Berlin

*Der
Gesetzentwurf
gefährdet die
zahnärztliche
Versorgung
der
Bevölkerung.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hoffen, Sie hatten eine erholsame Zeit und konnten die Sommertage genießen.

Die Politik hat in diesem Jahr keine Pause gemacht. Noch Ende Juli, als viele bereits in ihren Urlaub aufgebrochen waren, hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur „Stabilisierung der GKV-Finzen“ beschlossen. In den Medien haben Sie den Aufschrei aus der Zahnärzteschaft und dem Gesundheitswesen mitbekommen. Doch auch an dieser Stelle sei noch einmal klar gesagt: So darf das Gesetz nicht verabschiedet werden!

Was bedeutet der Gesetzentwurf für uns Zahnmediziner? Das Honorar für die zahnärztliche Versorgung soll gekürzt und insgesamt gedeckelt werden. Das bedeutet Budgetierung.

Für die Versorgung unserer Patienten werden die Krankenkassen weniger zahlen. Und bei Überschreitung eines festen Budgets werden wir gar nichts mehr für die Behandlung unserer Patienten gezahlt bekommen. Das hat Konsequenzen für die Mundgesundheit der Bevölkerung. Ist das Budget aufgebraucht, werden gesetzlich Versicherte länger auf einen Termin warten müssen. Doch auch, wenn sie einen Termin bekommen haben, kann keine Leistung umsonst erbracht werden.

Unseren Patienten gegenüber ist der Gesetzentwurf völlig unverantwortlich; er gefährdet die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung. Werden die erforderlichen Mittel gestrichen, gerät die einvernehmliche Präventionsorientierung, zuletzt unterstützt durch die neue Parodontitis-Richtlinie, zur Farce.

Wir Zahnärztinnen und Zahnärzte sichern die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung präventionsorientiert, qualitativ hochwertig und flächendeckend. Nach allem, was wir in den letzten Jahren für die Solidargemeinschaft geleistet haben, sollen

wir mit einer Kürzung unserer Honorare bestraft werden? Zwei Jahre Pandemie haben wir bereits durchgestanden und waren ohne Einschränkungen für unsere Patienten da. Aktuell gibt es Preissteigerungen für Energie, für Material, für Personal, die wir alleine tragen und nicht an unsere Patienten weitergegeben haben.

Die Qualität der Versorgung in unseren Praxen wird in entscheidendem Maße mitgetragen durch gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal; genau daran mangelt es uns jetzt schon in unseren Praxen. Durch eine Beschneidung unserer Honorierung wird uns auch die Möglichkeit genommen, erforderliche Mittel für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erarbeiten.

Die Konsequenz kann nur unsere Forderung an die Gesetzgeber sein: Dieser Gesetzentwurf darf keinesfalls beschlossen werden. Noch ist es nicht zu spät und das parlamentarische Verfahren noch nicht abgeschlossen.

Auf Landesebene haben wir Berlins Gesundheitsministerin Ulrike Gote in einem Brief dringend aufgefordert, sich über den Senat im Bundesrat und über die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag für unsere Forderung einzusetzen: zum Wohle der Berliner Zahnärztinnen und Zahnärzte, unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem unserer Patientinnen und Patienten.

Nun starten wir gemeinsam in den Herbst. Ihre Zahnärztekammer wird Ihre Interessen weiterhin engagiert vertreten und Sie tatkräftig unterstützen. Wir freuen uns auf ein spannendes zweites Halbjahr.

Mit besten Grüßen

Ihre
Karsten Heegewaldt und Barbara Plaster